



Die aktuelle Lage :

25 Jahre Deutsche Einheit: Ein Grund zum Feiern trotz aktueller Herausforderungen

Wir feiern in dieser Woche den Tag der Deutschen Einheit und damit 25 Jahre Wiedervereinigung unseres Landes. Der 3. Oktober 1990 ist einer der glücklichsten Tage unserer Geschichte. Er bildete den Schlusspunkt der friedlichen Revolution, durch die sich die Deutschen in der DDR heldenhaft von der Herrschaft der SED befreiten und die Einheit unseres Vaterlandes ermöglichten.

Im Rückblick ist gut abzulesen, was die Zeitgenos-

sen noch nicht alle Herausforderungen überwunden. Ganz Deutschland trägt weiterhin an den Folgen der menschenverachtenden und verbrecherischen Diktatur der SED. Zweifellos ist noch viel zu leisten. Gleichwohl haben die ostdeutschen Länder einen enormen Aufholprozess hinter sich. Wir sind dankbar für das Großartige, was wir in den letzten 25



Jahren gemeinsam erreicht haben. 25 Jahre wiedervereinigtes Deutschland sind ein Grund zur Freude trotz der großen Herausforderungen zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation. Denken wir dieser Tage einmal an das Gewonnene, an die Freiheit und die Möglichkeiten unseres wiedervereinigten Landes. Wir haben unseren Platz in der EU gefunden, sind in der NATO fest verankert und sind ein international geachtetes Land. Deutschland ist heute, 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ein Land des Friedens, der Stabilität und der Menschenrechte.



Das Reichstagsgebäude war bis 1989 ein Symbol der Teilung , heute ist das Parlament in Berlin das Symbol für das wiedervereinigte Deutschland.

Foto: Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann

sen gespürt haben: Der Wille und Wunsch der Menschen in Deutschland, wieder in einem freien und vereinten Land zusammenzuleben, brach sich eine Bahn. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte diesen Wunsch im Gespräch mit Michael Gorbatschow mit dem Rhein verglichen, dem man den Weg zum Meer nicht verstellen könne. Er hatte es verstanden, unseren Nachbarn die Ängste vor einem wiedervereinigten Deutschland zu nehmen und gleichzeitig mit seinem Zehn-Punkte-Plan im Herbst 1989 schon früh ein Konzept für den Weg zur Einheit entwickelt.

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung sind

Dazu haben die Kanzler der Union, allen voran Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis zu Angela Merkel, Entscheidendes beigetragen. Beides ist ein Grund zur Freude in diesem Jahr 2015.

Aus dem Inhalt

| | |
|---------------------------|---------|
| Asylgesetz debattiert | Seite 2 |
| Bekanntnis für die A39 | Seite 4 |
| Fachgespräch zum Weißbuch | Seite 5 |
| Aus der Presse | Seite 6 |



Umfangreiche Reform des Asylrechts im Bundestag debattiert

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Flüchtlingszahlen hat der Bundestag die umfangreichste Reform des Asylrechts seit den 1990er Jahren debattiert.

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, der das Gesetzespaket vorstellte, sagte: „Wir bekennen uns klar und deutlich zur Integration derjenigen, die schutzwürdig sind.“ Gleichzeitig machte er deutlich, dass abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen müssen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Strobl, nannte es eine gute Gemeinschaftsleistung von Bund und Ländern, dass sie ein so großes Gesetzespaket in so kurzer Zeit auf den Weg gebracht haben.

Zum ersten Mal werde unterschieden zwischen denjenigen, die unseres Schutzes bedürfen, und denjenigen, die nicht schutzbedürftig seien, betonte Strobl. Dies ziehe sich wie ein roter Faden durch das Gesetzespaket. De Maizière sprach von fünf zentralen Botschaften: Neben der Beschleunigung der Asylverfahren, der Integration der Schutzbedürftigen, den Abbau von Fehlanreizen für Migration und eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber nannte er Hilfen des Bundes für Länder und Kommunen sowie den Abbau von Rechtsregeln, die eine zügige Unterbringung der Flüchtlinge verhinderten. Unter anderem wird im Gesetz die Liste sicherer Herkunftsstaaten auf dem Balkan erweitert.

Jeden Tag kommen derzeit zwischen 5.000 und 10.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Von denjenigen, die bleiben dürfen, nimmt de Maizière an: „Das werden viele sein, sehr viele.“ Sie sollten nicht nur geduldet, sondern voll angenommen werden. „Sie werden unsere Nachbarn und Mitbürger sein. An sie appellierte der Minister gleichzeitig: „Integration hat zwei Richtungen.“ So werde von den Bürgern eine Willkommenskultur erwartet. Von den Flüchtlingen mit einer Bleibeperspektive müsse man aber auch eine „Anerken-



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière.

Foto: Deutscher Bundestag/Achim Melde

nungskultur“ einfordern: „Sie müssen unsere Rechts- und Werteordnung annehmen und respektieren.“ Nicht akzeptabel seien etwa Gewaltausbrüche in Flüchtlingsunterkünften, sagte Strobl.

Strobl unterstrich die Regeln des Zusammenlebens in Deutschland. So stehe das Grundgesetz über der Religion. Frauen und Männer seien gleichberechtigt, und jeder könne seine Meinung frei äußern. Das alles sei möglich, so lange jemand diese Gesetze respektiere. „Und die macht bei uns in Deutschland nicht der Prophet, die macht das Parlament.“

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, betonte, Deutschland habe nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Schutzsuchenden, die zu uns kommen, sondern auch gegenüber der heimischen Bevölkerung, ein funktionierendes Sozialwesen zu erhalten. Mayer äußerte die Besorgnis angesichts des anhaltend hohen Zustroms an Flüchtlingen, dass Deutschland „über kurz oder lang überfordert“ sein werde. Deshalb werde mit dem Gesetz auch das wichtige Signal ausgesendet, dass diejenigen, die nicht schutzbedürftig seien, sich gar nicht erst auf den Weg nach Deutschland machen sollten. Fraktionskollege Strobl stimmt ihm dabei zu: Es geschehe nicht aus Hartherzigkeit, sondern aus Einsicht in die Grenzen unserer Möglichkeiten, wenn man Menschen zurück in ihre Heimat schicke – etwa in ihre sicheren Herkunftsländer auf dem Balkan.

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte schloss nach der Debatte aber die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen nicht aus: "Wir werden uns rechtlich und organisatorisch auf die aktuelle Herausforderung einstellen. Ob das reicht, wird man sehen. Wenn nötig, werden wir uns sehr schnell über weitergehende Maßnahmen unterhalten." Das jetzige Paket soll Mitte Oktober im Bundestag abschließend beraten werden und am 1. November 2015 in Kraft treten.



Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Strobl, MdB.

Foto: Deutscher Bundestag/Achim Melde



Neues aus dem Bundestag

Gesetz zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und weiterer Gesetze. Mit dem Gesetzentwurf, den wir parallel zum Beschluss des Bundeskabinetts eingebracht haben, reagieren wir auf die aktuelle Flüchtlingssituation in Deutschland. Neben der Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um drei weitere Balkanstaaten sollen Maßnahmen getroffen werden, mit denen Fehlanreize vermieden und Verfahren beschleunigt werden können. Gleichzeitig öffnen wir Asylbewerbern mit guten Bleibeperspektiven den Weg zu einer gelungenen Integration in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Gesetz zur schnelleren Entlastung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern (Entlastungsbeschleunigungsgesetz). In einem gemeinsamen Beschluss zur Asyl- und Flüchtlingspolitik hatten sich Bund und Länder am 18. Juni 2015 u.a. darauf verständigt, dass der Bund seine für das Jahr 2016 zugesagte und bereits umgesetzte pauschale Hilfe für die Länder und Kommunen in Höhe von 500 Mio. Euro auf das Jahr 2015 vorzieht. Diese Vereinbarung soll mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten, durch Änderung des Finanzausgleichsgesetzes umgesetzt werden.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED. Wir haben den Antrag der Bundesregierung beraten und beschlossen, bis zu 950 deutsche Soldaten als Teil einer EU-Mission zur Bekämpfung krimineller Schleuseraktivitäten im südlichen und zentralen Mittelmeer zu entsenden. Dazu sollen auf hoher See Schiffe und an Bord befindliche Gegenstände, die von Schleusern oder Menschenhändlern benutzt werden, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht ausgemacht und beschlagnahmt werden. Das Mandat ist bis Ende Oktober 2016 befristet und ist Teil des europäischen Gesamtansatzes zur Flüchtlingspolitik. Dieser umfasst neben der Schleuserbekämpfung im Mittelmeer insbesondere auch die Seenotrettung, zu der die Bundeswehr seit Mai 2015 einen wichtigen Beitrag leistet.

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015. Die Bundesregierung berichtete anlässlich des 25. Jubiläums der Wiedervereinigung über ihre Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Die Exportquote hat sich seit Mitte der 90er Jahre verdreifacht und es sind leistungsfähige industrielle Kerne entstanden. Verbleibende Herausforderungen sind die Stärkung der Wirtschaftskraft, die Bewältigung des demografischen Wandels, die Haushaltskonsolidierung der ostdeutschen Länder und



der Abbau noch vorhandener regionaler Disparitäten. Mit Blick auf die deutsche Geschichte wird die Auseinandersetzung mit den Strukturen und Wirkungen der SED-Diktatur auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Aufarbeitung bleiben.

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II). Mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz setzen wir einen maßgeblichen Bestandteil des Koalitionsvertrags im Bereich Gesundheit und Pflege um. Die Pflegeversicherung und die pflegerische Versorgung sollen durch einen neuen Bedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument auf eine neue Grundlage gestellt werden. In Zukunft fließen damit alle Einschränkungen – körperliche, geistige und psychische – in die Pflegeeinstufung ein. Außerdem sollen sämtliche Beratungsleistungen im Bereich der Pflegeversicherung sowie die rentenrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger verbessert werden. Den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ wollen wir stärken, genauso wie den „Pflege-TÜV“, der institutionell und inhaltlich auf eine neue Grundlage gestellt wird. So wird mehr Transparenz für die Angehörigen erreicht und die Ergebnisqualität des „Pflege-TÜVs“ in den Vordergrund gerückt. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung haben wir in 1. Lesung beraten.

18. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen die dritte Säule der deutschen Außenpolitik. Kultur- und Bildungsangebote erreichen die Menschen in den Partnerländern Deutschlands direkt und legen so ein breites Fundament für stabile internationale Beziehungen.

Klares Bekenntnis für die A39



Gespräch im Bundesverkehrsministerium mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann. Foto: BMVI

„Die A39 ist das wichtigste Zukunftsprojekt im Rahmen der Infrastrukturinvestitionen für das östliche Niedersachsen. Wir brauchen diese Autobahn!“ Mit diesen klaren Worten bekräftigte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Enak Ferlemann, MdB, den Willen des Bundesverkehrsministeriums den Autobahnlückenschluss zwischen Wolfsburg und Lüneburg zu schaffen. Die Initiative ProA39 und der Mittelstandsvereinigung der CDU (MIT) aus Uelzen waren auf Einladung des heimischen Bundestagsabgeordneten Henning Otte nach Berlin gekommen um hier ihr Anliegen zu unterstreichen. Mit dabei war auch Uelzens Bürgermeister Jürgen Markwardt. „Die A39 muss als Gesamtprojekt verwirklicht werden“, waren sich Henning Otte und Staatsse-

ekretär Ferlemann einig. Mit Blick auf den niedersächsischen Verkehrsminister warnten sie davor, die einzelnen Abschnitte in Einzelmaßnahmen zu zersplittern. „Dies birgt die Gefahr, dass nach den Einzelbewertungen dann ggf. auch nur einzelne Maßnahmen umgesetzt werden und der Lückenschluss verhindert wird. Nur wenn die A39 den Lückenschluss schafft, kann Sie den Landkreis Uelzen wie erhofft voran bringen. „Wir haben im Bundesverkehrsministerium offene Türen eingerrannt“, freute sich der Vorsitzende von ProA39 und der MIT Dr. Jochen Springer. Als weitere Besuchspunkte der Gruppe standen der Besuch im Bundestag und eine Besichtigung des Bundeskanzleramtes auf dem Programm.

Niederländische Panzerkompanie kommt

Die Niederländische Verteidigungsministerin hat die Aufstellung einer niederländischen Panzerkompanie in Bergen bekannt gegeben. Dazu erklärt der heimische Bundestagsabgeordnete und verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte MdB: „Am niederländischen Prinzentag, an dem der König traditionell das parlamentarische Sitzungsjahr eröffnet, gibt die Niederländische Verteidigungsministerin, Jeanine Hennis-Plasschaert, die weitere Integration von niederländischen Truppen in die Bundeswehr im Sinne der wechselseitigen Unterstellung bekannt. Eines der Leuchtturmprojekte im Rahmen der vertieften Kooperation ist die angestrebte Integration der niederländischen 43. Mechanisierten Brigade in die deutsche 1. Panzerdivision mit wechselseitiger Unterstellung von Truppenteilen. Dazu gehört auch das neue Bergener Panzerbataillon 414, das seinerseits der niederländischen 43. Mechanisierten Brigade unterstellt wird.“

Mit der Annahme des Gesamthaushaltes durch das Niederländische Parlament gelten all diese Planungen

als genehmigt. Damit ist der Weg endgültig frei, für die Stationierung einer niederländischen Kompanie als integraler Bestandteil des Panzerbataillon 414 in Bergen, so Henning Otte.

Die Vorabsprachen zur Stationierung hatten bereits im Januar begonnen. Nun kann alles ganz schnell gehen und die Gespräche zum Ziel geführt werden. In diesem Zusammenhang ist nun auch offiziell klar, dass ab dem 1. Oktober 2015 beginnend das Panzerbataillon 414 am Standorttruppenübungsplatz Bergen mit einem niederländischen Anteil in Stärke einer Panzerkompanie aufgestellt wird. Das Panzerbataillon wird dann gemäß Auskunft des Bundesverteidigungsministeriums über eine Kopfstärke von 700 Soldatinnen und Soldaten verfügen. Dies stellt eine erhebliche Aufwertung des Bundeswehrstandortes Bergen dar. Der Beginn der konkreten Umsetzung dieser Integrationsmaßnahmen ist nach Abschluss der Vorbereitungen zum Ende dieses oder zum Anfang des kommenden Jahres angestrebt. Die volle Einsatzbereitschaft soll Ende 2019 erreicht werden.

Fachgespräch zum Weißbuch in Berlin

Der Konflikt in der Ostukraine, der Bürgerkrieg in Syrien, die Ausbreitung des islamistischen Terrors – die Welt steht vor Herausforderungen ungeahnter Art. Da das sicherheitspolitische Grundlagendokument der Bundeswehr jedoch noch aus dem Jahr 2006 stammt, arbeitet das Verteidigungsministerium an einem neuen sogenannten Weißbuch. In einem Fachgespräch hat sich die CDU/CSU-Fraktion jetzt in diesen Prozess eingebracht.

„Es gibt mehr als genügend Gründe für eine Neupositionierung“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Franz Josef Jung und verwies auf weitere Herausforderungen wie das Phänomen der hybriden Kriegsführung und die Cybersicherheit. Der verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Henning Otte, begründete das Fachgespräch mit den Worten, man wolle „parlamentarische Akzente“ setzen. Schließlich sei es der Bundestag, der darüber entscheide, ob die Bundeswehr in einen Auslandseinsatz geschickt werde. Beide sprachen sich dafür aus, das Konzept der vernetzten Sicherheit, das erstmals im Weißbuch 2006 aufgenommen wurde, fortzuschreiben. Der CSU-Abgeordnete Florian Hahn forderte dafür auch eine stärkere Zusammenarbeit der betroffenen Ressorts innerhalb der Bundesregierung.

Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen sagte, man müsse auf die gewandelten Herausforderungen die richtigen Antworten finden. Das neue Weißbuch sei ein Weg der „Selbstverortung und Selbstvergewisserung“. Der Entschluss dazu sei 2014 gereift, als Russland die ukrainische Halbinsel Krim annektierte und einen hybriden Krieg im Osten der Ukraine entfesselte, als das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ sich in Irak und Syrien ausbreitete und als das Ebola-Virus in Afrika um sich griff. Gleichzeitig habe sich die Bundeswehr vor einer „problematischen Materiallage“ gesehen. Daher habe man sich fragen müssen, wie sich Deutschland künftig in der NATO positionieren, wie viel Verantwortung es in der Welt tragen wolle und welche Fähigkeiten es dafür brauche. In dem Zusammenhang sprach von der

Leyen auch die Finanzierung der Bundeswehr an: Nach einem jahrelangen Schrumpfungsprozess müsse man nun „eine Trendwende hinkriegen“.

Die gewandelte Sicherheitslage beschrieb der Präsident der Bundesakademie für

Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, mit



Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen.

Foto: Flasche

provokanten Thesen. So sei das Jahr 2014 ein Wendepunkt gewesen, in seinen Auswirkungen vergleichbar mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Russland sei zu einer neoimperialen Politik zurückgekehrt und deshalb für den Westen nicht mehr als Partner im alten Sinne anzusehen. Im Nahen Osten erlebe man eine dauerhafte Erosion der Staatlichkeit. Und schließlich erodiere die westliche Weltordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden sei. Als Konsequenz daraus müsse sich das transatlantische Bündnis unter anderem auf die gegenseitige Beistandspflicht zurückbesinnen. Auch wenn es wenig zufriedenstellend sei, werde sich die Weltgemeinschaft bei bestimmten Konflikten – etwa Syrien - mit den Folgen beschäftigen müssen, statt die Ursachen bekämpfen zu können. Und manchmal könne verantwortliches Handeln auch Nichthandeln sein.

Ähnlich sah dies der Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Markus Kaim. Seiner Meinung nach ist bei vielen Konflikten „strategische Geduld erforderlich“. Auch aus der Sicht der Kirchen ist die Möglichkeit einzugreifen begrenzt. Der evangelische Militärbischof Sigurd Rink verwies auf Martin Luther, der nur einen Verteidigungskrieg für gerechtfertigt hielt. Gleichzeitig sehe die christliche Friedensethik jedoch auch eine Verantwortung zum Schutz bedrohter Völker wie der Kurden oder der Jesiden vor. Eine Mandatierung durch die Völkergemeinschaft hielt Rink allerdings für wünschenswert. Der Befehlshaber des Allied Joint Force Command Brunssum, General Hans-Lothar Domröse, forderte mit Blick auf das Baltikum und Polen Verlässlichkeit der NATO. „Entweder wir helfen körperlich oder wir rüsten sie auf“, damit sie vor Russland geschützt seien.



Henning Otte und General Domröse während der Podiumsdiskussion.

Foto: Flasche

Aus der Presse...

Bildzeitung am 02.10.2015

"CDU-Experte Otte (46) forderte ein koordiniertes Vorgehen mit den USA."

Henning Otte zur russischen Bombardierung von syrischen Rebellengruppen. Jetzt ist ein abgestimmter Einsatz aller Gegner des IS wichtiger denn je.

Berliner Morgenpost am 30.09.2015

„Afghanistan darf nicht zurückkehren zu einem Terrorstaat. Der Weg zu mehr Stabilität und Sicherheit muss weitergegangen werden. Auf diesem Weg werden wir das Land in Zukunft begleiten, vorausgesetzt, die Staatengemeinschaft ist ebenfalls dazu bereit.“

Henning Otte zum Angriff der Taliban auf Kundus und das weitere Engagement der Staatengemeinschaft in Afghanistan.

Frankfurter Allgemeine Zeitung am 24.09.2015

„Auch bei der Bekämpfung der terroristischen Milizen des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak ist die Bundeswehr stärker gefordert. Da auch auf diesem Schauplatz die militärische Weisheit gelte, dass Siege am Boden und nicht aus der Luft errungen werden, muss Deutschland die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die kurdischen Peschmerga, aber auch für weitere irakische Gruppen ausweiten.“

Henning Otte zu der Frage, wie wir unser Engagement in der syrisch-irakischen Krisenregion ausbauen können. Der IS hat seine Taktik den Luftschlägen der Anti-IS-Allianz angepasst. Wenn wir die Region befrieden wollen und die Terroristen des IS ausschalten wollen, dann müssen wir die regionalen

Gruppen im Kampf noch stärker unterstützen.

Das Parlament am 14.09.2015

„Der Staat muss auf jedes Bedrohungsszenario eine Antwort haben.“

Henning Otte über die weltweite Zunahme von Krisen und Konflikten. Durch Flüchtlingsbewegungen und Terrorismus ist Deutschland unmittelbar betroffen. Auf diese veränderte Sicherheitslage muss sich die deutsche Sicherheitspolitik neu einstellen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung am 24.09.2015

„Die Bundeswehr braucht mehr Soldaten. Es muss einer permanenten Überdehnung der Streitkräfte entgegengewirkt werden.“

Henning Otte sieht angesichts der stetig steigenden Aufgaben für die Bundeswehr eine Anhebung des Personalumfangs für unumgänglich. Wenn wir die Konflikte und deren Auswirkungen von Deutschland und Europa fernhalten wollen, in den Krisenregionen für Stabilität sorgen wollen und unseren wichtigen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung beitragen wollen, dann besteht die Gefahr der Überlastung unserer Streitkräfte.

Bildzeitung am 08.09.2015

„Die Bundeswehr muss bereit sein, stärker die Fluchtursachen zu bekämpfen.“

Henning Otte zur Verantwortung Deutschlands. Es ist unsere Aufgabe Konflikte und deren Auswirkungen von Deutschland und Europa fern zu halten und dafür zu sorgen, dass in den Krisenländern mehr Stabilität herrscht.

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Dr. Svend Moeller



Sophie von Magnis



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und ViSdP.:
Henning Otte, MdB

